

Dr. Johannes Schöner
Geschäftsführer des Karl von Vogelsang-Instituts

Die Wahl der vergebenen Chancen

Mit der Nationalratswahl am 24. April 1983 endete vor 40 Jahren eine Epoche, die in der politischen Geschichte Österreichs eine Dominanz zum Ausdruck brachte, die bis dahin unbekannt war. Nach 13 Jahren sozialdemokratischer absoluter Alleinregierung gelang es einer müden und kraftlosen Regierungspartei nicht mehr ein Wahlergebnis zu erreichen, das ein Regieren ohne Partner zuließ.

Nach drei Nationalratswahlen (1971, 1975 und 1979), die der SPÖ als alleinregierende Partei die Chance gab, das Land von Grund auf zu reformieren und zu verändern, verlor sie im Jahre 1983 das absolute Vertrauen der österreichischen Bevölkerung. Die Gründe dafür lagen einerseits im eigenen Versagen und der Abnützung der österreichischen Sozialdemokratie, andererseits am Alternativangebot der ÖVP. Wobei dieses „Angebot“ eher darin bestand, rote Skandale und gewerkschaftliches Unvermögen in der Führung großer Staatskonzerne aufzuzeigen.

Sehr wohl plakatierte die ÖVP „Alois Mock. Der logische Nachfolger“, doch ohne der Krankheit Bruno Kreiskys und der taktischen Fehler der erfolgsverwöhnten SPÖ wären die Sozialdemokraten wohl auch nach der vierten Nationalratswahl in Folge als absoluter Sieger vom Platz gegangen. Was dreimal ein Erfolgsgarant war, wurde nun zum Bumerang. Bruno Kreisky war in seiner Politik sprunghaft geworden, unberechenbar und unleidlich nach innen. Seine eigene Partei spürte das, und auch breite Bevölkerungsschichten nahmen der SPÖ nicht mehr die Dynamik der siebziger Jahre ab. Die Wirtschaft schrumpfte und noch einmal nahm man der SPÖ nicht mehr die Behauptung ab – so wie 1979 -, dass ausschließlich „das Ausland“ dafür verantwortlich war.

Als das „Mallorca-Paket“ - eine steuerliche Belastung mit enormer Tragweite inklusive Besteuerung des 13. und 14. Monatsgehaltes – kurz vor der Wahl bekannt geworden war, ging die SPÖ in den Gegenangriff über, und stellte die geplante Belastung als politische Offenheit vor der Wahl dar. Das Bild, das Österreich bot, war allerdings eindeutig: Die Verstaatlichte Industrie wurde von unbedarften, ideologisch aber stramm linken Gewerkschaftsfunktionären fahrlässig in den Abgrund geführt. Die Staatsverschuldung stieg derart an, dass nicht einmal mehr der reflexartige Hinweis der SPÖ auf den umfassenden Sozialstaat die Kritik daran zum Verstummen brachte.

Das erstmalige Antreten der beiden Grünparteien Vereinte Grüne Österreichs (VGÖ) und Alternative Liste Österreichs (ALÖ) wurde von der SPÖ mit überheblichen Attitüden und mit Unverständnis begleitet. Auch das Thema Konferenzzentrum brodelte im Hintergrund und erwies sich in dieser Phase als eine schwer verdauliche Hypothek Kreiskys. Unterschwellig machte die permanente Nachfolgediskussion um den SPÖ- Vorsitz die Sozialdemokraten handlungsschwach. Das war der eigenen Politik und internen Kommunikation zuzuschreiben, und weniger den Attacken der Opposition.

In den TV-Diskussionen schlug sich Alois Mock als ÖVP-Obmann und großer Herausforderer gegen einen müde wirkenden Kreisky sehr gut. Sachlich in der Argumentation und angriffig im Ton. Das kam einem „logischen Nachfolger“ schon ziemlich nahe. Hinzu kam, dass in der Bundesrepublik Deutschland wenige Wochen vor der österreichischen Nationalratswahl 1983 die CDU unter Helmut Kohl einen klaren Wahlsieg bei der Bundestagswahl erreichte und die SPD klar in die Schranken verwies. Das sozialistische Zeitalter in Europa neigte sich dem Ende zu. Helmut Kohl paktierte in Deutschland weiterhin mit der FDP unter Hans-Dietrich Genscher. Wie die Geschichte zeigen wird: Ein deutsches Erfolgsduo.

Tat sich hier ein Mondfenster für die österreichische Christdemokratie auf? Die Nationalratswahl am 24. April 1983 brachte ein Ergebnis, das mehrere Interpretationen, aber auch Möglichkeiten zuließ: SPÖ (90 Mandate, - 5), ÖVP (81, +4) und FPÖ (12, +1). Der Schock in der SPÖ war zweifellos ein einschneidendes Erleben. Bruno Kreisky trat noch am Wahlabend zurück, und sein Nachfolger wurde kurz darauf der langjährige Unterrichtsminister Fred Sinowatz. Die FPÖ verlor bei der Wahl Stimmen, gewann aber aufgrund der Wahlarithmetik ein Mandat dazu. Freilich war die "verpasste Absolute" der SPÖ 1983 auch ein Opfer der Wahlrechtsreform von 1970/71 geworden, die der FPÖ wegen der billigeren Restmandate bei weniger Stimmen mehr Mandate verschaffte.

Wichtig war auch der mediale Aktionismus der Fellner-Brüder, die bei den Grünen Herbert Fux gegen Alexander Tollman aufhetzten, weshalb die VGÖ den Einzug in den Nationalrat nicht schafften. Entscheidend waren schließlich auch die übermächtigen „Vatergestalten“ Bruno Kreisky und Friedrich Peter, die über die Köpfe von Fred Sinowatz und Norbert Steger hinweg im Hintergrund die Linie vorgaben. Ursprünglich wollte Kreisky der FPÖ nicht einmal den Vizekanzler zugestehen.

Die SPÖ als stimmenstärkste Partei wurde von Bundespräsident Rudolf Kirchschläger mit Regierungsverhandlungen und dann mit der Regierungsbildung beauftragt. Ein eigener SPÖ-Bundesparteitag im Mai ebnete den Weg zur „Kleinen Koalition“ mit der FPÖ. Den Sozialdemokraten erschien alles besser als die Konservativen wieder an Schalthebeln zu lassen. Unbestritten war eine FPÖ mit eher bescheidenen 12 Mandaten ein billiger Partner für die SPÖ gewesen. Sehr billig, denn die Ressorts, die später von FPÖ-Ministern und Staatssekretären geführt wurden, waren nicht die attraktivsten. Norbert Steger als Vizekanzler, Verteidigungsminister Friedhelm Frischenschlager und vor allem Justizminister Harald Ofner waren später in der rot-blauen Koalition derart um Abgrenzung zur ÖVP bemüht, dass sie keine Gelegenheit ausließen, ein „Schreckgespenst“ einer ÖVP-FPÖ-Annäherung erst gar nicht aufkommen zu lassen. Die Freiheitlichen verstanden sich selbst als Kontrollpartei, die aber eher die Opposition kritisch beobachteten, denn in der Regierung den Finger auf offene Wunden legten.

In diesem Moment, den Tagen nach der Wahl, zögerte die Volkspartei. Gerade die als eher liberal geltenden Landespolitiker Busek (Wien), Krainer (Steiermark) und Kessler (Vorarlberg) traten im ÖVP-Partei Vorstand vehement für einen Weiterverbleib in der Opposition ein bzw. dachten bei einer Regierungsbeteiligung eher an eine Koalition mit der SPÖ. Haslauer (Salzburg) war dazu vollkommen konträr. Im VP-Vorstand zeigte sich Wilfried Haslauer sen. „ (...) bestürzt, mit welcher Selbstverständlichkeit man von einer großen Koalition spricht. Die Wahlen wurden von der Glaubwürdigkeit der ÖVP gewonnen. In Salzburg hat die SPÖ verloren wegen der Koketterie von Steger mit der SPÖ. Die bürgerlichen Kreise wollen dies nicht. Doch auch wir sollten seriös mit der FPÖ verhandeln. Dann werden sich die Geister am Sachthema scheiden.“

Fürwahr, es wäre mit der FPÖ nur eine dünne Mehrheit gewesen, doch dieser schwarz-blauen Koalition wäre eine Bezeichnung „bürgerlicher Schulterschluss“ nicht schwergefallen. Jörg Haider hätte als Kärntner FPÖ-Obmann seine spätere Stimmungsmache gegen seinen Parteiohmann Norbert Steger in ein anderes Gewand kleiden müssen. Wenn es überhaupt zu einem blauen Königsmord gekommen wäre. Andererseits ließ sich Jörg Haider auch trotz der Einbindung von „Vertretern der Parteirechten“ wie Ofner und Stix in Regierung bzw. Nationalratspräsidium längerfristig keineswegs ruhigstellen und wäre wohl eine Sollbruchstelle geblieben.

Alois Mock erwies sich nach der Wahl 1986 – als die Karten in der FPÖ neu gemischt worden waren und Vranitzky, seit 1985 Nachfolger von Sinowatz, die FPÖ vor die Türe setzte - als glaubwürdiger Sympathisant von schwarz-blau. Die Liberalen in der FPÖ setzten jedoch 1983 auf eine Zusammenarbeit mit der SPÖ und somit auf eine Fortsetzung sozialistischer Politik in Österreich. Einmal mehr wurde damit deutlich, dass liberale Politik in Österreich – anders als in Deutschland – auf sozialistische Dominanz baut. Auch das wäre eine Lesart der neugebildeten Koalition.

Tatsache war, dass es der SPÖ noch bis 1999, also 16 Jahre nach Kreiskys Rücktritt gelang, als Kanzlerpartei in Österreich die Fäden zu ziehen. Die Volkspartei konnte sich nach der NRW 1986 in manchen Bereichen als Juniorpartner der SPÖ in der neuen Bundesregierung zweifellos emanzipieren, die sozialdemokratische Schlagseite bestand jedoch unverändert weiterhin und brachte eine sozialistische Kontinuität für eine weitere Generation.

Nach der Nationalratswahl 1983 wäre für die ÖVP die Chance offen gestanden, in Österreich nach 13 Jahren sozialistischer Dominanz mittels bürgerlicher Politik eine wirtschafts-, aber auch gesellschaftspolitische Neuorientierung vorzunehmen. Gewiss nur ein Gedankenexperiment. Als Nummer zwei und Nummer drei eine österreichische Bundesregierung bildeten dauerte es noch bis zum Jahre 2000. Einen politischen Visionär und Taktiker wie Wolfgang Schüssel gab es 1983 nicht, und so wurde diese Chance vor 40 Jahren nicht ergriffen. Weder von der ÖVP, noch von der FPÖ. Beide Parteien gefielen sich als Juniorpartner einer sozialistisch dominierten Bundesregierung.



Der Wahlabend am 24. April 1983 mit dem Rücktritt von Bundeskanzler Bruno Kreisky. Handschlag zwischen Kreisky und Alois Mock, daneben Norbert Steger. Archiv des Karl von Vogelsang-Instituts